

Felix Heidenreich

Die Rhetorik der Souveränität

Zu einem zentralen Topos in der Grammatik populistischer
Emotionalisierung

1. Einleitung

In der Debatte über den Zusammenhang von Rationalität und Gefühlen, Deliberation und Emotion, stellt die antidualistische Ausgangshypothese seit vielen Jahren einen breit geteilten Konsens dar. Rationalität und Emotionalität, Argumente und ihr emotionalisierendes *Framing*, Deliberation und Leidenschaft sind nicht als unvermittelte Gegensätze zu denken, sondern in ihrer Verwobenheit und ihren Wechselwirkungen zu analysieren.¹ Dieser Konsens hatte lange eine Perspektive zur Folge, die auf eine Re-Legitimierung von Emotionalität auch in der Politik abzielte.² Vor allem die feministische und poststrukturalistische Kritik am Paradigma der deliberativen Demokratie deutete die von Jürgen Habermas in »Faktizität und Geltung« beschriebenen »Schleusen« und »Filter« im Diskurs als Exklusionsmechanismen einer männlichen, weißen, westlichen und im weitesten Sinne rationalistischen Diskurshegemonie, die immer schon im Begriff sei, das Andere auszuschließen oder selbst noch beim Versuch der »Einbeziehung des Anderen« (Habermas) einem identifizierbaren und dekonstruierbaren Ideal zu unterwerfen. Nicht nur die Artikulation von Interessen sei in der Deliberation legitim, wie Jane Mansbridge in einem wichtigen Aufsatz argumentierte³; vielmehr sei, so der wohl wirkmächtigste Vertreter dieses Ansatzes Jacques Rancière, auch der gerade nicht diskursiv anschlussfähige »Lärm« der Marginalisierten als ein Versuch zu werten, überhaupt eine Stimme in der Öffentlichkeit zu gewinnen.⁴ Die Grenzen des Diskurses erwiesen sich aus dieser Perspektive nicht nur als unvermeidlich porös; vielmehr schien die Analyse der Verwobenheit von Rationalität und Emotionalität auch eine normative Dimension zu gewinnen. Aus der deskriptiven Einsicht, dass

1 Vgl. Felix Heidenreich / Gary S. Schaal, (Hg.), *Politische Theorie und Emotionen*, Baden-Baden 2012; Karl Rudolf Korte (Hg.), *Emotionen und Politik: Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung*, Baden-Baden 2015.

2 So auch Martha Nussbaum, *Politische Emotionen: Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist*, Berlin 2016.

3 Jane Mansbridge / James Bohman / Simone Chambers / David Estlund / Andreas Føllesdal / Archon Fung / Cristina Lafont / Bernard Manin / José Luis Martí, »The Place of Self-Interest and the Role of Power in Deliberative Democracy« in: *The Journal of Political Philosophy*, Vol. 18/ 1, S. 64-100.

4 Jacques Rancière, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Berlin 2002.

Emotionalität nicht exkludierbar ist, schien präskriptiv zu folgen, dass entsprechende Versuche undemokratisch seien.

Analog hierzu lässt sich eine lange Geschichte der Rehabilitierung der Rhetorik schreiben. Nach Einsprüchen von Philosophen wie Stephen Toulmin⁵, Richard Rorty⁶, Chaim Perelman, Josef Kopperschmidt⁷ oder Hans Blumenberg⁸ konnte man den unvermittelten Gegensatz von reiner Wissenschaft einerseits und bloß trügerischer Rhetorik andererseits – eine Unterscheidung die oft Platon zugeschrieben wird – nicht mehr aufrecht erhalten. Die Rationalität der Rhetorik sollte sich, so eine weit verbreitete These, in ihrer Fähigkeit zur Formalisierung, in den verborgenen Schlusstechniken (die Aristoteles unter dem Titel der *Enthymeme* beschrieb) und ihrer zivilisierenden Kraft erweisen. Rhetorik wurde damit vom Verdacht losgesprochen, eine bloße Täuschungstechnik darzustellen. Gerade eine hochentwickelte Rhetorik, die sich feststehender rhetorischer Stilfiguren bedient, würde als solche transparent, weil die gebildete Hörerin und der gebildete Hörer jede Antilabe, Metonymie und Prokatalepsis sofort erkenne, so die Hoffnung.⁹

Vor dem Hintergrund des Brexit-Votums und des Wahlsiegs Donald Trumps, ja nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines rapiden Wandels der politischen Öffentlichkeit unter Bedingungen der Digitalisierung, der durch den Aufstieg neuer nationalistischer und populistischer Parteien geprägt ist, kehren sich die Vorzeichen in der Debatte jedoch um. Nun scheint es erneut darum zu gehen, Argumente von »bloßen« Emotionen zu unterscheiden und den Rationalitätsanspruch von politischer Deliberation gegen eine wissenschaftsfeindliche »post-truth«-Ideologie zu verteidigen. Da sich nicht mehr nur progressive Gruppen der emotionalisierenden und ästhetisierenden Mittel politischer Kommunikation bedienen, sondern alle einstmals subversiven Strategien systematisch von der Neuen Rechten kopiert werden, wird der zweifelhafte Charakter dieser Kommunikationsformen offensichtlich. Emotionen in der Politik werden heute nicht mehr primär als unvermeidliche Voraussetzung einer leidenschaftlichen Politik, sondern als mögliche Gefahr für die Demokratie gewertet, die es einzuhegen, zu kontrollieren oder zumindest zu reflektieren und zu zivilisieren gilt. Ein zweites zentrales Motiv in der Debatte um Emotionen und Politik, die Idee der Zivilisierung und Sublimierung, der »Erziehung der Gefühle« rückt nun in den Vordergrund.

Die vor diesem Hintergrund naheliegende Versuchung besteht darin, die Rhetorik eines Donald Trump, eines Boris Johnson oder einer Marine Le Pen bloß zu dekonstruieren, die Tricks und Kniffe, Erschleichungen und Assoziationen auszuweisen und als Elemente einer Gesamtstrategie kenntlich zu machen. Dieser Versuchung soll im Folgenden jedoch bewusst widerstanden werden. Autoren wie George Lakoff oder

5 Stephen Toulmin, *The Uses of Argument*, Cambridge 1958.

6 Richard Rorty, *Solidarität oder Objektivität? Drei philosophische Essays*, Ditzingen 1988.

7 Josef Kopperschmidt, *Allgemeine Rhetorik: Einführung in die Theorie der Persuasiven Kommunikation*, Stuttgart 1973.

8 Hans Blumenberg, »Anthropologische Annäherung an die Aktualität der Rhetorik«, in: ders., *Wirklichkeiten, in denen wir leben*, Ditzingen 1981, S. 104–136.

9 Hans Blumenberg, »Anthropologische Annäherung...« (Fußn. 8).

Elisabeth Wehling haben bereits in ebenso profunden wie inspirierenden Studien die kognitionswissenschaftlich analysierbaren Mechanismen populistischer Kommunikation aufgezeigt.¹⁰ Zumindest tendenziell bewegt sich eine solche dekonstruktive Kritik an populistischer Rhetorik jedoch wieder auf die klassische Unterscheidung von »bloßen« Emotionen und echter Rationalität, täuschender Rhetorik und echter Wissenschaft zu. Damit läuft man jedoch Gefahr einen bereits erreichten Stand der Debatte wieder aufzugeben.

Statt in der populistischen Rhetorik bloß ein Anzeichen für die Wirkmächtigkeit der Täuschung zu sehen und damit in ein Schema zurückzufallen, das im Sinne Platons Erkenntnis und Rhetorik unvermittelt gegeneinander stellt, gilt es umgekehrt zu fragen, welche Argumente, welche Sachbezüge der jeweiligen Rhetorik zu Grunde liegen und wie sich vor diesem Hintergrund ihr Erfolg nicht nur kritisieren, sondern auch erklären lässt. Im Hintergrund steht dabei eine Gedankenfigur Hegels, nämlich der Versuch, auch die Sackgassen des Geistes fruchtbar zu machen, indem man den Weg in diese Sackgassen rekonstruiert. Die Tricks und Lügen der Populisten zu demaskieren ist notwendig; doch die pluralistische und rechtsstaatliche Demokratie wird sich der populistischen und nationalistischen Herausforderung nur erwehren können, wenn sie die Stärke dieser Rhetorik tatsächlich versteht und ihren Erfolg nicht als bloßen Effekt eines Betrugs verdammt, sondern nach der Sachdimension dieser Rhetorik fragt und damit die Idee einer »Rationalität der Rhetorik« nicht einfach verwirft.

Eine solche sachbezogene Analyse soll an einem, vielleicht dem entscheidenden Element in der Grammatik populistischer Emotionalisierung, betrieben werden: Der Topos der Souveränität durchstrahlt alle populistischen Diskurse, sei es als Begriff oder – wie ich andernorts zu zeigen versucht habe – als Denkbild.¹¹ Um diesem Topos auf die Spur zu kommen und seine Wirkungsweise besser zu verstehen, werde ich zunächst drei Dimensionen des Topos benennen und einige Belege für die Verbreitung dieser Denkfigur in populistischen Diskursen anführen (2.). Dann werde ich die feudale Denkfigur in der populistischen Verwendung des Topos aufzeigen (3.1), und deren Rolle aus einer Sehnsucht nach »Souveränität« zu erklären versuchen. Dazu wird ein Wechsel der Analyseebenen notwendig: Von der Ebene souveräner *Kollektive* wird zunächst zurückgegangen auf die Ebene des *individuellen* Bedürfnisses nach Souveränität. Dabei will ich auf eine Analyse Georges Batailles zurückgreifen, der bereits in den 1970er Jahren eine Erklärung für die Attraktivität dieser Denkfigur anbot (3.2). Abschließend schlage ich vor, den antidemokratischen Gebrauch des Topos in der populistischen Rhetorik als illegitime Antwort auf ein legitimes Bedürfnis zu verstehen (4.).

10 Elisabeth Wehling, *Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht*, Köln 2016.

11 Felix Heidenreich, »Souveränität zwischen Begriff und Denkbild. Die Anschaulichkeit einer Denkfigur als Erfolgsfaktor populistischer Rhetorik in der EU« in: Emiliano Grossman / Felix Heidenreich (Hg.), *Konstellationen der Souveränität in Europa / Les constellations de la souveraineté en Europe*, Berlin 2017, S. 13–25.

2. »Souveränität« als Topos in der populistischen Rhetorik

2.1 Der Konnotationsraum des Topos »Souveränität«

Die Historie des Begriffs der Souveränität, seine komplexe Wirkungsgeschichte und Transformation kann hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden.¹² Die *Begriffsgeschichte* ist von der Verwendung des Topos in politische Reden von Populisten und Nationalisten zu unterscheiden. In der Regel wird hier nicht ein definierter, staatsrechtlicher Begriff verwendet, der mit einer präzisen Bedeutung verknüpft ist. Vielmehr geht es hier um die Verwendung eines Topos, der bestimmte Konnotationen aufruft, die sich aus dem Kontext und der jeweiligen Verwendungsweise erschließen. Dabei können implizite Rückverweise auf theoretische Texte durchaus vorkommen (besonders Anspielungen auf Carl Schmitt sind häufig zu finden), aber sie sind für die rhetorische Verwendung nicht entscheidend.

Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, die Assoziationen und Konnotationen des Begriffs hermeneutisch auszuleuchten, auch wenn diese qualitative Vorgehensweise nur Aspekte benennen und nicht automatisch Indikatoren erbringen kann, mit denen sich die Verwendungsweise des Topos für eine quantitative Forschung operationalisieren ließe. Die »kontrollierte Mehrdeutigkeit«¹³ im Begriffsgebrauch ist seit jeher Kennzeichen rhetorischer Überzeugungskunst und daher ist es keineswegs erstaunlich, sondern im Gegenteil erwartbar, dass auch der Begriff der Souveränität in populistischen und nationalistischen Diskursen keineswegs eindeutig verwendet wird. Die folgenden Bestimmungen haben daher lediglich den Status einer Heuristik, die induktiv aus der Sichtung des Materials idealtypisierend gewonnen werden kann.

Die Bestimmungen, die die populistische Rhetorik dominieren, kreisen immer wieder um drei Hauptmotive, die einleitend in Erinnerung gerufen werden sollen. Ein *erstes* wiederkehrendes Motiv ist die Idee der *Ausnahme*. Wenn Carl Schmitt den Souverän als jenen definiert, »der über den Ausnahmezustand entscheidet«, so nimmt er damit ein altes theologisches Motiv auf: Gott ist souverän und kann daher auch Wunder vollbringen. Er ist noch nicht einmal an die eigenen Gesetze gebunden. Diese Fähigkeit zur Suspension des Rechts findet sich auch im Begnadigungsrecht, das sich noch unter den Befugnissen des Bundespräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland oder des amerikanischen Präsidenten als eine Art Schwundstufe feudaler Vorstellungen findet. Der begnadigende Souverän kann Gesetze und Urteile aufheben. Auch die Immunität von Staatschefs oder Parlamentsabgeordneten kann in diesem Sine als Regelung der Ausnahme gedeutet werden. In der populistischen Rhetorik wird dieser Umstand bezogen auf Nationalstaaten oft so umgedeutet, dass jede Eingliederung in inter-

12 Dieter Grimm, *Souveränität. Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs*, Berlin 2009; Friedrich Balke, *Figuren der Souveränität*, München 2009; Ulrich Haltern, *Was bedeutet Souveränität?*, Tübingen 2007; Daniel Loick, *Kritik der Souveränität*, Frankfurt am Main 2012.

13 Hans Blumenberg, *Ästhetische und metaphorologische Schriften*, ausgew. und hrsg. von Anselm Haverkamp, Frankfurt am Main 2001, S. 125.

nationale Abkommen oder internationale Organisationen als Beschränkung der nationalen Souveränität kritisiert wird. Dem »Volk« muss das souveräne Recht vorbehalten sein, internationale Abkommen jederzeit zu lösen und auch die Verfassung durch eine Willensentscheidung aufzuheben, so die populistische Überzeugung.

Damit verbunden ist ein zweites Motiv, die *Ungebundenheit*. Mit dem Begriff der nationalen Souveränität ist in populistischen Diskursen beispielsweise gemeint, dass kollektive Selbstbestimmung losgelöst von vorausgehenden Einschränkungen ausgeübt werden kann: Souverän ist, wer über sein Schicksal *ohne Abhängigkeit von Anderen* entscheiden kann also bspw. ohne Rücksichtnahme auf internationales Recht. Souveränität wird hier also voluntaristisch gedeutet: Der ungebundene *Wille* allein soll als Quelle von Legitimität gelten. Auffällig ist daher die weit verbreitete Verknüpfung der Souveränitätssemantik mit dem Wortfeld des Willens.¹⁴ Das souveräne Subjekt ist ein Subjekt, das nichts muss, das sich nicht zu rechtfertigen braucht, dass sich Anfragen und Ansprüchen verweigern kann.

Ein *drittes* Motiv verweist auf den Souverän als den Letztentscheider; oft ist in den entsprechenden Diskursen auch vom »letzten Wort« die Rede. Auch dieses Motiv ließe sich auf seine religiösen Quellen hin untersuchen (Eschatologie ist im Wortsinne die Lehre von den letzten Dingen, dem *eschaton*). Nationale Souveränität ist nach dieser Vorstellung bspw. daran erkennbar, dass das jeweilige nationale Verfassungsgericht, und nicht etwa der EuGH, *letztverbindliche* Urteile zu fällen habe. Finanzpolitische Souveränität würde sich dadurch auszeichnen, dass die jeweilige Bundesbank (und nicht die EZB) ein »lender of *last* resort« darstellen würde. Der Souverän ist nach diesem dritten Motiv der letzte einer Kette, bspw. der Endpunkt einer Legitimationskette (»Alle Macht geht vom Volke aus.«), ein Schlusspunkt in einem Verweisungszusammenhang.

2.2 »Souveränität« bei Marine Le Pen, Boris Johnson und der AfD

Die komplexe Debatte über einen angemessenen Begriff von Populismus kann hier leider nicht rekonstruiert werden. Sinnvoll scheint ein Ansatz, der, wie Paula Diehl vorgeschlagen hat, den Populismus als mehrdimensionales Phänomen beschreibt.¹⁵ Dies würde auch die Möglichkeit von Linkspopulismus einschließen. Im Folgenden werde ich mich auf drei Bewegungen konzentrieren, die in der Regel als rechtspopulistisch beschrieben werden, wobei diese Charakterisierung zumindest im Falle von Boris Johnson zweifellos diskussionswürdig ist. Kern der folgenden Rekonstruktion ist nicht eine quantitative Behauptung, sondern die qualitative Beobachtung, dass der Topos der Souveränität eine Art orientierendes Zentrum in den Diskursen verschiedener rechts-

14 Ich komme später am Beispiel eines Schlüsselsatzes von Alexander Gauland darauf zurück.

15 Paula Diehl, »Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduales Konzept« in: *Populismus: Konzepte und Theorien (Totalitarismus und Demokratie / Totalitarianism and Democracy – Zeitschrift für Internationale Diktatur – und Freiheitsforschung / An International Journal for the Study of Dictatorship and Liberty*, 8/2011, Heft 2), S. 273–291.

populistischer Strömungen darstellt und keineswegs zufällig ein Schlüsselement in der rhetorischen Emotionalisierung durch die entsprechenden Akteure darstellt.

Die Allgegenwart des Begriffs der Souveränität in populistischen Diskursen ist so augenscheinlich, dass kaum ein Nachweis nötig scheint. Erstaunlich ist eher, wie sehr sich die Diskurse diesbezüglich über Sprach- und Landesgrenzen gleichen. Am allerdeutlichsten findet sich der Topos wohl in den Reden Marine Le Pens, die in den vergangenen zehn Jahren nicht müde wurde, eine zentrale Forderung zu stellen, nämlich: »regagner la souveraineté de la France«, die Souveränität Frankreich zurückzugewinnen. Nun nimmt der Begriff im französischen Sprachraum insofern eine Sonderrolle ein, als hier mit Jean Bodins »Six livres de la République« von 1576 der zentrale Grundstein für die neuzeitliche Souveränitätstheorie gelegt wurde.¹⁶ Frankreich ist dasjenige Land, das im Absolutismus die Idee der Souveränität auf herausragende Weise auf den Begriff gebracht und in Institutionen zur Anschauung gebracht hat: Der ungebundene Souverän steht als *Roi soleil* auch ästhetisch in Analogie zu Gott und kann daher die eigenen Gesetze nicht nur auslegen, sondern auch aufheben (so wie Gott die Naturgesetze durch Wunder außer Kraft setzen kann). Im Prozess der Demokratisierung wird diese Vorstellung (besonders deutlich bei Rousseau) auf das Staatsvolk übertragen, das in seiner Selbstbestimmung gleichermaßen ungebunden sein soll und daher bspw. dazu legitimiert ist, sich eine Verfassung zu geben oder diese gegebenenfalls zu ändern.¹⁷ In Le Pens Rhetorik sind es die Globalisierung und ihr wichtigster Treiber, die Europäische Union, die durch Vergemeinschaftung und Verrechtlichung die Souveränität Frankreichs ausgehöhlt haben. Neben der Gefahr einer schleichenden Islamisierung ist dieser Prozess einer Aushöhlung der Demokratie aus Sicht der Rechtspopulisten die wichtigste Gefahr für Frankreich.

Es ist wichtig zu verstehen, dass der Schlüsselbegriff der Souveränität wie ein Gravitationszentrum in Le Pens Rhetorik operiert. So folgt beispielsweise der Vorschlag, über die Wiedereinführung der Todesstrafe abstimmen zu lassen, aus der Vorstellung einer *ungebundenen* Volkssouveränität. Wenn das französische Volk auch durch internationales Recht und die Verträge der EU nicht wirklich gebunden oder auch nur eingeschränkt ist, dann muss sich die Souveränität prinzipiell auch auf die Möglichkeit erstrecken, die Todesstrafe wieder einzuführen, so das Argument. Analog hierzu ist Le Pens Aussage im Fernsehduell mit Emmanuel Macron Anfang Mai 2017 zu verstehen, Frankreich werde in jedem Fall von einer Frau regiert, entweder von Angela Merkel oder von ihr, Marine Le Pen. Der politische Gegner wird so zum Symbol einer knechtischen Unsouveränität, der Abhängigkeit und Unterwürfigkeit, die eigene Bewegung zur letzten Rettung im Kampf um souveräne Selbstbestimmung. In Le Pens Rhetorik der Souveränität geht es daher auch nicht um zwei konkurrierende politische Vorstellungen, sondern gewissermaßen um die Alternative zwischen einem Ende der Politik

16 Jean Bodin, *Sechs Bücher über den Staat*, hrsg. von Bernd Wimmer und Peter Cornelius Mayer-Tasch, München 1986.

17 Ulrich K. Preuß hat darin einen Grund gesehen, warum in Frankreich die Verfassung nicht in gleichem Maße wie in den USA sakralisiert wurde; sie kann immer nur Mittel eines Ausdrucks von Volkssouveränität sein und bleibt daher prinzipiell jederzeit widerrufbar.

(durch Verrechtlichung und Globalisierung) und der Wiederherstellung von Politik durch die Wiedererlangung von Souveränität.

Analog hierzu stellt sich die rhetorische Figur in der Kommunikation der Brexiteers dar. Auch hier ist *Sovereignty* eine Art Leitbegriff. Der letzte Satz Boris Johnsons, der legendäre, ins johlende Publikum gebrüllte Vorschlag, aus dem Abstimmungstag einen britischen Unabhängigkeitstag zu machen, bezieht sich auf die mit Le Pen geteilte These, die EU sei nicht ein Institutionengefüge, das die gemeinsame Ausübung von Souveränität erlaube, sondern ein Korsett, das die britische Souveränität lediglich raube. In einem der letzte Texte Johnsons vor der Abstimmung wird die Wiedergewinnung von Souveränität zum Schlüsselthema: »In the next few weeks, the views of people like me will matter less and less, because the choice belongs to those who are really sovereign – the people of the UK. And in the matter of their own sovereignty the people, by definition, will get it right.«¹⁸ Dass das souveräne Volk der Briten für die eigene Souveränität stimmen wird, war aus Johnsons Sicht nur logisch, weil ein Willensakt ja selbst schon Ausdruck des Wunsches ist, diese Willensfreiheit zu erhalten. Auch die Formel »Take back control!« lässt sich in diesem Sinne deuten.

Wenn wir den Blick in den deutschen Sprachraum wenden, so fällt hier die Omnipräsenz des Souveränitätsbegriffs in rechtspopulistischen Diskursen bereits an der Oberfläche auf. Das Magazin *Compact*, eine Art Zentralorgan der Neuen Rechten, das mit allerlei Verschwörungstheorien hausieren geht, nennt sich selbst im Untertitel »Magazin für Souveränität«. Im November 2017 veranstaltete das Magazin in Leipzig die »6. Konferenz für Souveränität«, bei der – nach der Ehrung eines »Helden des Widerstandes 2017« – Impulsreferate von Lutz Bachmann (Pegida), Martin Sellner (Identitäre Bewegung) und Martin Reichardt (MdB, AfD) angekündigt waren. Anders als in Frankreich oder Großbritannien spielt im deutschen Fall auch die »Reichsbürger«-Bewegung eine wichtige Rolle, die bekanntlich die These vertritt, die Bundesrepublik existiere gar nicht als souveräner Staat; einzig ein »Deutsches Reich« sei der legitime Träger der Souveränität des Deutschen Volkes.

Man muss zwischen der AfD und diesen Gruppierungen unterscheiden. Dennoch ist es kein Zufall, dass allein im Grundsatzprogramm der AfD 18 Mal die Rede von Souveränität ist: Durch die EU, durch Aushandelsabkommen, durch die Euro-Rettungspolitik und die Tendenz zur Entparlamentarisierung werde die Souveränität des Deutschen Volkes bedroht, so der Tenor (AfD 2016).¹⁹ Die ideologische Verbindungslinie zu Le Pen und Johnson ist klarerweise die Vorstellung, nationale Souveränität müsse allererst wiedergewonnen und dann uneingeschränkt ausgeübt werden.

Ähnliche Belege ließen sich für die Rhetorik Donald Trumps oder die neuen nationalistischen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa anführen. Je nach Fall ließe sich differenzieren, wer genau als Träger von Souveränität imaginiert wird, ein durch ge-

18 Boris Johnson, »There is only one way to get the change we want – vote to leave the EU« in: The Telegraph, 16. 03. 2016 (abrufbar: <http://www.telegraph.co.uk/opinion/2016/03/16/boris-johnson-exclusive-there-is-only-one-way-to-get-the-change/>).

19 AfD, Grundsatzprogramm 2016 (abrufbar: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf).

meinsame Werte und Normen verknüpftes Staatsvolk, ein ethno-nationalistisch konzipiertes, also »völkisch« gedachtes »Volk« oder gar, dies lassen manche *dog-whistle*-Signale Trumps vermuten, die »weiße Rasse«. Jenseits dieser Differenzen bleibt jedoch das verbindende Element eine tiefsitzende Sehnsucht nach »Souveränität« und zugleich eine begrifflich, bildrhetorisch und visuell inszenierte Souveränität.

Donald Trump als Figur »inkarniert« insofern das Denkbild der Souveränität, als er aufgrund seines Reichtums als nahezu feudaler Herrscher erscheint, der sich durch den *Trump Tower* eine repräsentative Architektur geschaffen hat, die als eine Art vertikales Versailles funktional äquivalent zu ihren feudalen Vorbildern gesehen werden kann. Auch seine im Wahlkampf 2016 mehrfach wiederholten Äußerungen, er könne ungestraft zum Mord aufrufen, seine Anhänger würden ihm alles vergeben, sollen signalisieren, dass hier jemand über dem Recht steht. Auch seine mehr als zweifelhaften Begnadigungsakte (unter anderem begnadigte er einen wegen Gewalttätigkeit und Amtsanmaßung verurteilten Sheriff) lassen sich als Ausdruck einer vom Souveränitätsgedanken imprägnierten Geisteswelt deuten.

3. »Souveränität« als Antwort – auf welche Frage?

Der kursorische Überblick über die Präsenz der *Rhetorik der Souveränität* in rechtspopulistischen Diskursen wirft die Frage nach einer angemessenen Interpretation auf. Eingangs war als Hypothese formuliert worden, Emotionen und Rhetorik könnten nicht einfach als das Andere von Vernunft und Wissenschaft betrachtet werden, vielmehr gelte es, die Rhetorik der Souveränität auf ihre Sachebene hin zu untersuchen. Dazu soll im Folgenden der vormoderne Charakter rechtspopulistischer Souveränitätsvorstellungen herausgearbeitet werden, dann ein Perspektivwechsel auf die Erfahrung individueller »Unsoveränität« vollzogen, und abschließend die Grenze zwischen populistischer und demokratischer Souveränität präziser gezogen werden.

3.1 Vormoderne Wurzeln uneingeschränkter Souveränität

Die zentrale Rolle des Souveränitätsbegriffs in rechtspopulistischer Rhetorik mag erstaunen. Denn der Begriff der Souveränität hat – Bodin wurde bereits genannt – feudale Wurzeln; er ist insofern vormodern, als die Geschichte demokratischer Souveränität gerade in der systematischen Einhegung, Begrenzung, Prozeduralisierung von Souveränität bestand: Demokratische Souveränität ist immer relativierte Souveränität. Der Konstitutionalismus, der Gedanke einer *Rule of Law* und die Gewaltenteilung begrenzen die Souveränität der Fürsten systematisch.²⁰ Die regelmäßigen Wahlen können gleichermaßen als eine zeitliche Teilung von Souveränität gelesen werden kann. Das internationale Recht schließlich, beginnend mit den basalen Errungenschaften des

20 Vgl. hierzu auch Niklas Luhmann, *Das Recht der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1993, S. 477f.

Kriegsrechts, soll die Souveränität der Nationalstaaten bändigen.²¹ Intern sind es die Widerspruchsrechte von Bürgerinnen und Bürgern, das Verwaltungsrecht, die Verfassungsgerichte, die die staatliche Souveränität gezielt einschränken.²² Der deutsche Föderalismus wiederum soll durch ein Mehrebenen-System den Durchgriff einer Souveränität unmöglich machen. Selbst die Strafprozessordnung kann als ein Versuch gelesen werden, die Souveränität von Richterinnen und Richtern an die Kette formaler Verfahren zu legen.

Gerade dieser Relativierung, Aufgliederung, Delegierung und Verzeitlichung von Souveränität scheint jedoch rechtspopulistischen Widerspruch und die Sehnsucht nach vormoderner Ungebundenheit zu provozieren. Ist es ein Zufall, dass mit Doris von Sayn-Wittgenstein eine bis dahin völlig unbekannte Betreiberin eines Massage-Salons in Dossenheim auf einem Parteitag der AfD beinahe in höchste Ämter gewählt wurde? Nicht nur bei dieser Person selbst, die, so legen die Recherchen verschiedener Journalisten nahe, ihren Adelstitel womöglich gekauft hat, auch auf die anwesenden AfD-Mitgliedern scheint die Aura adeliger Souveränität verführerisch zu wirken. Der Adel ist insofern ein Symbol der Souveränität, als dieser, zumindest idealiter, von der Mühsal des Broterwerbs befreit ist. Nicht nur das Netzwerk adliger Akteure um Beatrix von Storch und der von ihr gegründeten »Zivilen Koalition e. V.« deutet auf eine Verwandtschaft zwischen rechtspopulistischer und feudaler Souveränitätsvorstellung hin. Die Affinität wird auch subtil auf symbolischer Ebene deutlich, wenn sich bspw. Alexander Gauland durch die legendär gewordene Dackel-Krawatte und die Tweed-Sakkos die Aura eines englischen Lords verleiht, der gerade von der Fuchsjagd gekommen zu sein scheint. Diese gezielten eingesetzten *Frames* rufen eindeutige Konnotationen auf, und machen die Verknüpfung von kollektiver, politischer und individueller Ebene in der Rhetorik der Souveränität deutlich. Sein »eigener Herr zu sein« oder, wie man im britischen Englisch formuliert, *being your own man*, sind Souveränitätsfiktionen, die nur vor der Kontrastfolie der Leibeigenschaft vollends verständlich sind und sich dann analog auf Staaten und Nationen wie auf Individuen beziehen können.

Dies aber wirft die Frage auf, welche Bilder und Wünsche mit der Sehnsucht nach Souveränität aufgerufen werden. Denn das Thema der Souveränität ist in den rechtspopulistischen Diskursen keineswegs ein primär mit Argumenten und durch Argumente verhandeltes Thema, sondern eine zentrale Quelle der Emotionalisierung. Die Verletzung (oder gefühlte Verletzung) von Souveränität wird als Angriff auf die eigene Person auf den Kern und das Wesen erlebt und mit Wut und Hass beantwortet. Umgekehrt wird die symbolische Repräsentation von Souveränität in Hymnen oder souveränen Akten bejubelt und emotional gefeiert. Nur wenn man diese Verknüpfung des Topos der Souveränität mit den tiefsten emotionalen Schichten der Selbstwahrnehmung versteht, lässt sich die enorme emotionalisierende Wirkung angemessen verste-

21 Ein Endpunkt dieser Entwicklung ist in der *responsibility to protect* zu sehen, die den Hinweis auf die nationale Souveränität zu übertrumpfen vermag.

22 Mit Pierre Rosanvallon könnten man hier von *Gegen-Demokratie* sprechen, mit Tsebellis von *Veto-Spielen*. Jürgen Habermas würde diese Mechanismen wahrscheinlich als Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit lesen.

hen. Um auf diese Frage zumindest einige skizzenhafte Antworten zu formulieren, scheint es sinnvoll, die Sehnsucht nach *kollektiver* Souveränität als Reaktion auf eine zunächst *individuelle* Erfahrung der Unsouveränität, ja Ohnmacht zu deuten.

3.2 »Souveränität« in Zeiten von Komplexität und Flexibilisierung

Naheliegender wäre es dabei, die Sehnsucht nach einer vormodernen, einer ungeteilten und unbeschränkten Souveränität als Ausdruck eines Unbehagens an der Moderne insgesamt zu lesen. Wer sich nach vormoderner Souveränität sehnt, scheint mir der Moderne ein Problem zu haben. Dann wäre der rechtspopulistische Souveränitätsdiskurs im strengen Sinne *reaktionär*, also als ein Plädoyer für eine Rückkehr in die Welt vor 1789 zu lesen. Doch die Suche nach der Frage, auf die die Sehnsucht nach Souveränität die Antwort ist, muss präzisere Umstände benennen. Dazu soll im Folgenden auf den 1970 von Georges Bataille publizierten Text über die Souveränität zurückgegriffen werden.²³ Bataille deutet hier den Begriff der Souveränität nicht primär politisch, sondern eher anthropologisch. Er unterscheidet (ohne sich dabei explizit an der Aristotelischen Unterscheidung von *poiesis* und *praxis* zu orientieren) zwischen dem *nützlichen* und dem *souveränen* Handeln des Menschen. Die nützliche Arbeit, die Produktion und Erledigung unsouveräner Art, bei der sich der Mensch im Zwangskontext von sozialen und technischen Ansprüchen bewegt, dient nach dieser These der Ermöglichung von »souveränen Augenblicken«²⁴, also zum Beispiel den Festen, in denen sich der Mensch aus dem Kontext des Notwendigen zu erheben vermag. Feste sind – zum Beispiel der Karneval – Zeiten der Ausnahme und der Aufhebung von Regeln, Momente des Überflusses und der Verschwendung, Momente der *Herrlichkeit*, in denen der Mensch der Mühsal entflieht. Historisch war die nützliche Arbeit den Sklaven oder Leibeigenen zugewiesen, während der Adel sich den souveränen Praktiken widmen konnte, die der Not des Alltags enthoben sind. Das Versprechen der bürgerlichen Revolution war es, alle Menschen aus dem Stand des Knechtes in den Stand des Herren zu erheben. Gerade dies aber leistet die demokratische Gesellschaft, so Bataille nicht automatisch, weil sie ganz im Gegenteil dazu tendiert, den Menschen in immer weitere Nutzenzusammenhänge einzubinden. Für Bataille selbst hat diese Lesart primär Folgen für seine Theorie der Kunst²⁵, aber die Grundintuition Batailles, den Wunsch nach Souveränität zunächst einmal auf der Ebene des Individuums zu verorten, scheint auch dann sinnvoll, wenn man seiner Kunsttheorie nicht folgen will.

Denn die Ausgangsbeobachtung erscheint durchaus plausibel: Die liberale, postfeudale Gesellschaft verspricht Souveränität, ermöglicht aber für die meisten nur das unsouveräne Leben in komplexen Abhängigkeitsstrukturen, in jenem »reaktiven Mo-

23 Ich zitiere im Folgenden nach: Georges Bataille, *Die psychologische Struktur des Faschismus / Die Souveränität*, übersetzt von Rita Bischof, Elisabeth Lenk und Xenio Rajewsky, Berlin 1978.

24 Ebda. (FN. 22.), S. 53.

25 Ebda. (FN 22), S. 73ff.

dus«, den Populisten oft der »etablierten« Politik vorwerfen. Das unsouveräne Subjekt, ist ein Subjekt, dass immer irgendetwas muss – alternativlos. Jede Form von Anerkennung basiert unter post-feudalen Bedingungen nämlich tendenziell auf Leistung, ist also prekär und immer nur »bis auf weiteres« zu gewinnen.²⁶ Im vormodernen Sinne souverän ist indes, wer seine Ansprüche *ererb*t hat und sich diese nicht erst verdienen muss.²⁷

Aus dieser Perspektive wäre die spürbare Sehnsucht nach Souveränität zunächst einmal als eine Reaktion auf eine Situation zu verstehen, in denen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder prekär Selbstständige, besonders deutlich vielleicht in den neuen Bundesländern, aber eben auch in der Peripherie Frankreichs, Großbritanniens oder der USA, einen Mangel an Selbstbestimmung erleben. Weder können Sie aufgrund des zu niedrigen Angebots an Stellen ihren Arbeitsplatz souverän wählen. Im Gegenteil: Viele sehen sich genötigt, ganz unsouverän den Angeboten nach Westdeutschland oder in die Metropolen zu folgen, die Branche zu wechseln oder sehen sich mit der Möglichkeit des sozialen Abstiegs konfrontiert. Auch diejenigen, die diese Erfahrung von Ohnmacht nicht selbst machen, müssen fürchten langfristig nicht mehr ökonomisch »Herr im eigenen Hause« zu sein. Richard Sennett hat die psychologischen Folgen dieser Flexibilisierung eindringlich beschrieben.²⁸ Globalisierung, Entgrenzung, die wachsende Komplexität durch Technisierung und Verrechtlichung machen die Erfahrung souveränen Handelns unwahrscheinlicher. Eine Sehnsucht nach Selbstbestimmung und Kontrolle zumindest über das eigene Leben ist daher verständlich.²⁹

Befreit man den Topos der Souveränität an eine zu enge Bindung an die staatsrechtliche Begrifflichkeit, wird erkennbar, inwiefern rechtspopulistische Bewegungen nicht nur Souveränität fordern, sondern diese zugleich inszenieren. Dass die Neue Rechte nicht nur auf politischer Ebene nationale Souveränität fordert, sondern zugleich Modelle von individueller Souveränität vorlebt oder zumindest inszeniert, verdeutlicht der Fall des Verlegers Götz Kubitschek. In der deutschsprachigen Presse haben beinahe alle wichtigen Zeitungen und Zeitschriften umfangreiche *Home-Stories* über dessen Lebensstil auf dem Rittergut Schnellroda (auch hier der Verweis auf den Adel) publiziert.³⁰ Beinahe als Selbstversorger lebt die Familie fern von den Nöten und Zwängen der Großstadt, verdient ihr Geld mit dem eigenen Unternehmen und trotz den Zumutungen des Zeitgeistes, so der Tenor vieler Artikel. In wenigen Fällen, so zum Beispiel

26 Alain Ehrenberg, *Das erschöpfte Selbst: Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*, Frankfurt am Main 2004.

27 Zum Schema »Gerechtigkeit als Anrecht« vgl. auch Felix Heidenreich, *Theorien der Gerechtigkeit: Eine Einführung*, Opladen 2012, S. 178f.

28 Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 2000.

29 Es kanalisiert sich nicht selten in hobbymäßig betriebenen Handwerk, Gartenarbeit oder einer Heimwerkerei, die dem arbeitenden Subjekt den Eindruck vermittelt, Herr über die Bedingungen seines Wirkens zu sein. Auch hierzu finden sich bei Sennett fruchtbare Analysen: Souveränität erfährt der Mensch paradigmatisch im »souveränen« Umgang mit Werkzeugen.

30 Mariam Lau, »Eigentlich alles wie im Wendland« in: DIE ZEIT, 02. 04 2017.

von Mariam Lau, wurde registriert, dass es, was Lebensstil, Habitus und Rhetorik angeht, eine merkwürdige Verwandtschaft zu den autonomen Kommunen der westdeutschen Linken in den 1970er Jahren gibt.³¹ Kubitscheks Selbstinszenierung macht die Sehnsucht nach einer vormodernen Autonomie erkennbar, in der sich das Individuum den Ansprüchen des Weltmarkts erfolgreich entzieht. Bildrhetorisch zeigt sich Kubitschek als »Herr im eigenen Hause«, als souveräner Herrscher auf dem Rittergut.

Die Rhetorik der Souveränität wird aus dieser von Bataille inspirierten Perspektive als Antwort auf eine Gefährdung individueller Freiheit im Neoliberalismus erkennbar: Wer sich nicht auf Weltmärkten und globalisierten Arbeitsmärkten souverän bewegen kann, will Souveränität durch einen souveränen Staat wiederherstellen, der einen imaginierten Volkswillen möglichst unvermittelt ausdrücken soll. Diese Lesart würde auch die xenophobe Einstellung anders lesbar machen: Der Flüchtling ist einerseits Bote und Symbol der Unsouveränität, der Entwurzelung und Prekarisierung, die die Neue Rechte und ihre Anhänger auch für die deutsche Mittelschicht befürchten (selbst wenn sie, wie viele Wähler der AfD noch nicht prekarisiert, sondern eher privilegiert leben). Zugleich ist der erfolgreiche Flüchtling ein Symbol konkurrierender, gelingender Souveränität und Selbstbestimmung, weil er veranschaulicht, dass man selbst unter widrigsten Umständen das eigene Leben wieder in geordnete und selbstbestimmte Bahnen lenken kann. Diese Lesart würde verständlich machen, warum rechtspopulistische Akteure nicht nur gegen eine spezifische Migrationspolitik Einspruch erheben oder konkurrierende politische Vorschläge unterbreiten, sondern sich durch Migration *in ihrem Kern* bedroht fühlen und daher hochemotional reagieren. Die nationale Souveränität soll jene Wunde schließen, die Globalisierung, Flexibilisierung und Prekarisierung auf individueller Ebene schlugen.

Diese Perspektive macht die Sehnsucht nach Souveränität verständlich, ohne die Gefahren ihrer rechtspopulistischen Umsetzung zu verleugnen. Im Gegenteil: In der rechtspopulistischen Sehnsucht nach Souveränität ein vormodernes, letztlich feudales Bild von Freiheit als Ungebundenheit lesbar zu machen, bedeutet eben auch, den Anspruch auf Volkssouveränität als das lesbar zu machen, was er schlimmstenfalls bedeuten kann, nämlich einen Angriff auf die verfassungsrechtlich garantierten individuellen Abwehrrechte und den politischen Pluralismus. Vormoderne Souveränität kennt als mögliches Gegenüber nur gleichermaßen souveräne Subjekte, sozusagen andere »Herrn«, oder eben Knechte – und darin liegt das akut demokratiegefährdende Potenzial dieser Denkfigur.

3.3 Volkssouveränität – populistisch und demokratisch

Die rechtspopulistische Obsession mit dem Thema der Souveränität erweist sich als unvermittelter Rückgriff auf eine Konzeption von Volksdemokratie, die die Souveräni-

31 In der Tat liegt es nahe, im Begriff der Autonomie eine Art funktionales Äquivalent zum von der Rechten präferierten Begriff der Souveränität zu sehen.

tät nicht durch Rechtsstaatlichkeit eingeschränkt sehen will.³² Der entscheidende demokratiethoretische Denkfehler besteht in einer Art Krypto-Rousseausismus: Weil das rechtspopulistische Denken das »Volk« immer nur als homogenen Block denken kann, muss ihm jede Aufgliederung von Volkssouveränität als unnatürlich erscheinen. Alexander Gaulands Ankündigung – »Wir werden uns unser Volk zurückholen.« – lässt sich in diesem Sinne verstehen: Das eine, das geeinte und homogene Volk, *ethnos*, nicht *demos*.³³

Aber dies gilt nicht für alle Behauptungen in den entsprechenden Diskursen. Es wäre zu einfach, den Anspruch auf kollektive Selbstbestimmung als *a priori* undemokratisch oder rechtspopulistisch abzutun. Man wird langfristig der *Rhetorik der Souveränität* nur angemessen begegnen können, wenn man ihr eine plausible Konzeption geteilter, verzeitlichter, eingetragter Souveränität entgegenstellt, die sich nicht in der Entpolitisierung und Ökonomisierung verliert. Denn die Rhetorik der Souveränität kann nur verfangen, wenn und so lange jene tatsächlichen Schwierigkeiten in den Konstellationen der Souveränität in Europa bestehen, die den Rechtspopulisten als Vorlage dienen. Die Anlässe, die auch die Politikwissenschaften nach einer möglichen »Entmachtung des Leviathan« fragen lassen³⁴, sind zahlreich. Die Finanzpolitik in der Euro-Zone ist hierfür nur das deutlichste Beispiel. Ein weiteres Anzeichen dafür, dass im europäischen Mehr-Ebenen-System fundamentale Fragen nicht geklärt sind, ist beispielsweise der Umstand, dass manche Mitgliedsländer mit ihren Staatsbürgerschaften zugleich EU-Staatsbürgerschaften verkaufen. In Malta lassen sich Rechtsansprüche für die Bundesrepublik Deutschland (Niederlassungsfreiheit, Arbeitserlaubnis) durch den Erwerb eines maltesischen Passes gewinnen. Die Konstellationen der Souveränität in Europa sind folglich in der Tat unzureichend sortiert.³⁵

4. Populistische Souveränität als falsche Antwort auf eine richtige Frage

Wer den Erfolg der rechtspopulistischen Rhetorik der Souveränität erklären will, sollte sich nicht darauf beschränken, die Lügen, Tricks und Erschleichungen zu dekonstruieren, derer sich Rechtspopulisten zweifelsohne bedienen. In der Tat ist erkennbar, dass Akteure wie Donald Trump mit neurolinguistischer Schulung oder Intuition vorgehen.

32 Vgl. Habermas' Vorschlag Volkssouveränität und Rechtsstaatlichkeit als zwei »gleichursprüngliche« Dimensionen von Demokratie zu verstehen. Vgl. Jürgen Habermas, »Über den internen Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie« in: Ulrich K. Preuß, (Hg.), *Zum Begriff der Verfassung. Die Ordnung des Politischen*, Frankfurt am Main 1994, S. 83–94.

33 Zur klassischen, auf Emerich Francis zurückgehenden Unterscheidung zwischen *ethnos* und *demos* vgl. Rainer M. Lespius, »»Ethnos« oder »Demos«. Zur Anwendung zweier Kategorien von Emerich Francis auf das nationale Selbstverständnis der Bundesrepublik und auf die Europäische Einigung« in: ders. (Hg.), *Interessen, Ideen und Institutionen*, Wiesbaden, S. 247–255.

34 Maurizio Bach, (Hg.), *Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf?*, ZfP (Sonderband 5). 2013.

35 Emiliano Grossman / Felix Heidenreich (Hg.), *Konstellationen der Souveränität in Europa / Les constellations de la souveraineté en Europe*, aaO. (FN 11).

Aber die Emotionalisierung durch populistische Rhetorik als bloße Täuschung und bloßen Trug zu beschreiben, würde der Komplexität der Phänomene nicht gerecht. Fragt man stattdessen nach dem Sachkern, der mit dem Begriff der Souveränität aufgerufen wird, so ergibt sich ein vielschichtiges Bild. Souveränität für das Individuum und für die kollektive Selbstbestimmung in der politischen Gemeinschaft ist ein zentrales Versprechen moderner Demokratisierung (wobei bekanntlich die liberale Tradition den Akzent auf die *individuelle* Souveränität, die republikanisch auf die *kollektive* Souveränität legt). Die populistische Rhetorik der Souveränität begegnet diesem legitimen Anspruch durch einen Rückfall in eine vormoderne Konzeption von ungeteilter Souveränität. Das eine und homogene Volk soll sich ohne Bindung an das Recht, an eine Verfassung oder an internationales Recht selbst bestimmen können. Diese Konzeption wird beispielsweise in Alexander Gaulands Satz deutlich »Das wollen wir gar nicht schaffen.«, mit dem er auf Angela Merckels Devise »Wir schaffen das!« antwortete. Der ungebundene Wille des Volkes (»wir wollen...«) soll die völkerrechtlich bindenden Verpflichtungen zum Schutz von Asylsuchenden übertrumpfen. Auch über die Grundrechte von Kriegsflüchtlings lässt sich nach dieser Vorstellung per Mehrheitsentscheid abstimmen. Erfolgreich wird man dieser Rhetorik indes nur begegnen, wenn man sie nicht nur einfach ablehnt, sondern zugleich eine moderne Konzeption geteilter, delegierter, verzeitlichter, internationale eingebundener Souveränität plausibel machen kann. Die angemessene Antwort auf die Forderung von Souveränität ist nicht der Verweis auf Alternativlosigkeit, sondern der Nachweis, dass bspw. das Mehrebenen-System der EU tatsächlich dazu dient, nationale Souveränität *gemeinsam* auszuüben, und nicht diese zu brechen, um sie möglichen wirtschaftlichen Interessen zu unterwerfen.

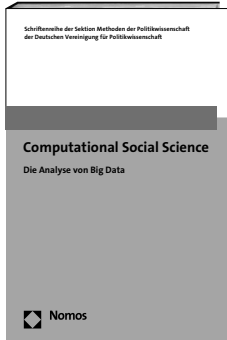
Zusammenfassung

Der Topos der Souveränität durchzieht die Rhetorik von Populisten und Nationalisten. Aber warum eignet sich der eigentlich abstrakte Begriff der Souveränität so sehr zur Emotionalisierung von politischen Debatten? Eine Analyse der Grammatik populistischer Rhetorik rekonstruiert die Idee uneingeschränkter Souveränität als vormoderne Gegenstück zu Prozessen der Verrechtlichung und Ökonomisierung. Die Vorstellung, ein Kollektiv oder dessen *leader* könnten sich souverän über die Gewaltenteilung, internationale Abkommen oder die Verflochtenheit der Weltwirtschaft hinwegsetzen, wird oft in Form ästhetischer Inszenierungen transportiert. Einerseits drückt der dabei artikulierte Wunsch nach Souveränität einen legitimen Anspruch auf kollektive oder individuelle Selbstbestimmung aus. Allerdings antwortet die Rhetorik der Souveränität mit einer undemokratischen Konzeption, die durch ihren Voluntarismus den Rechtsstaat und die individuellen Schutzrechte mal explizit, mal implizit in Frage stellt.

Summary

The *topos* of sovereignty is omnipresent in the rhetoric of populists and nationalists. However, what exactly makes the rather abstract term of sovereignty so efficient when it comes to endowing political debate with an emotional spin? A closer look at the grammar of the rhetoric of sovereignty shows that this term has a premodern connotation, which contradicts the modern processes of the Rule of Law and of economisation. The idea that a »people« or its leader could, through acts of sovereignty, override the separation of powers, international agreements or the interconnectedness of the world economy, is often staged in aesthetic terms. On the one hand, the wish for sovereignty expresses a legitimate claim to individual or collective self-determination. Yet on the other hand, the rhetoric of sovereignty responds with an undemocratic conception which, through its voluntarism, questions – sometimes explicitly, sometimes in a more subtle way – the Rule of Law and liberal individual rights.

Felix Heidenreich, The Rhetoric of Sovereignty. Understanding a core element of the populist grammar of emotional politics



Computational Social Science

Die Analyse von Big Data

Herausgegeben von Prof. Dr. Andreas Blätte,
Prof. Dr. Joachim Behnke, Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp
und Prof. Dr. Claudius Wagemann

2018, ca. 408 S., brosch., ca. 79,– €

ISBN 978-3-8487-4393-3 | eISBN 978-3-8452-8655-6

(Schriftenreihe der Sektion Methoden der Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft)

Erscheint ca. April 2018

nomos-shop.de/30373

„Big Data“ ist in aller Munde. Zeitungen, Zeitschriften und Bücher greifen das Thema auf; es wird viel debattiert. Was aber bedeutet „Big Data“ für die Politikwissenschaft? Welche Herausforderungen stellen sich? Dieser Band sucht Antworten aus inhaltlicher, methodischer und politischer Sicht.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-e-library.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos